

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909, Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 142 A

BERLIN • Sonntag, den 19. Juni 1932

1. JAHRGANG

Einheitsfront wächst weiter!

Verständigungsbereitschaft bei KP und SP. Rote Front und Eiserner Front verbunden?

Das „Reichsbanner“ mobilisiert

Von Willi Eichler.

Die Bundesleitung des „Reichsbanners“ erläßt einen Alarmbefehl, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„In allen Ortsvereinen sind die Schutzformationen sofort neu aufzustellen. Der Auflösungsbeefehl vom 14. April d. J. wird hiermit widerrufen, die Organisationsbestimmungen treten wieder in Kraft. Bis Sonntag, den 26. Juni, muß überall im Reich der Stand vom 13. März 1932 wieder hergestellt und jede Formation zur Uebernahme neuer Aufgaben bereit sein. Die am 28. März angeordnete Mitgliedersperre ist aufgehoben. Die Mitgliederwerbung für die Stammformationen ist mit Nachdruck sofort zu beginnen, alle Vorbereitungen für die Neuaufstellung von Schutzformationen sind unverzüglich zu treffen.

Tausende und aber Tausende junger Männer sind in den Organisationen der Eisernen Front. Wir rufen ihnen zu: Euer Platz ist jetzt in den Schutzformationen! — — —

Gegen die Zerspaltung der Nation setzen wir die Liebe zum deutschen Volk. — — —

Gegen das Wortchristentum setzen wir die tätige Hilfe für die Mühseligen und Beladenen.

Gegen die Herrschsucht von Interessentenklüngeln steht unsere Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen! — — —

Zusammenschließen, Kameraden! Härter die Faust um den Fahnenstange! Hoch die Fahne Schwarzrotgold! Nichts für uns! Alles für die deutsche Republik!“

Für die ausgesprochenen Abwehrformationen der Arbeiterschaft gilt dasselbe wie für die anderen Aktionen unserer Klasse: Wir brauchen, und zwar für die unmittelbare Abwehr, vor allem einen gemeinsamen — sagen wir — Großen Generalstab. Die Notverordnung, durch die die SA wieder zugelassen worden ist, sollte von der Arbeiterschaft ausgenutzt werden zum Aufbau ihrer eigenen Abwehrorganisation. Wir hielten es aus diesem Grunde für zweckdienlicher, wenn die Kommunistische Partei nicht die, an sich natürlich völlig berechtigte, Forderung stellte: Aufhebung des Verbots des „Roten Frontkämpferbundes“, sondern wenn sie peinlich korrekt — was nicht bedeutet: schlapp und nachgiebig — eine Abwehrorganisation aufzöge, die immerhin eine Schlagkraft entwickeln könnte wie die SA. Diese neue Organisation müßte unter allen Umständen ein gemeinsames Vorgehen mit dem „Reichsbanner“ ermöglichen. Viel besser noch — freilich wohl in weiter Ferne liegend — wäre es, wenn die gesamte im „Reichsbanner“ organisierte Arbeiterschaft und die früher im „Roten Frontkämpferbund“ organisierten Genossen gemeinsam, am besten unter einem neuen Namen, die Arbeiterbataillone formierten, die nötig sind, um das Proletariat gegen den Ansturm der vereinigten Nutznießer der Klassenprivilegien zu verteidigen.

Freilich liegt das Utopische an unserem Vorschlag der gemeinsamen Abwehrformation der Arbeiterschaft nicht nur an der Sektierpolitik der KP. Der Kampf, mit dem der Aufruf des „Reichsbanners“ schließt, und zwar heute, ist für die Arbeiterschaft ein ganz unmöglicher Exzeß nationalistischer Versteigerung. Wir können im Augenblick nicht beurteilen, was den „Reichsbanner“-Führer HÖLTERMANN zu derartigen Entgleisungen ermuntert hat. Wir vermuten, daß es der Wunsch war, die „linken Kreise“ des Bürgertums auf die Seite der Arbeiterschaft zu ziehen. Wir halten es prinzipiell für falsch, diesem legendären linken Bürgertum zuliebe die sozialistische Kampparole und das sozialistische Kampfziel zu verraten. Was heute von dem linken Bürgertum einen einigermaßen klaren Kopf hat, weiß sowieso, daß es auf die Seite der Arbeiterschaft gehört, und zwar auf die Seite der klassenbewußten Arbeiterschaft. Alles, was diesen klaren Kopf nicht hat, und was also z. B. auf die Phrase reagiert: „Nichts für uns, alles für die deutsche Republik!“, oder auf die andere Phrase: „Gegen die Zerspaltung der Nation setzen wir die Liebe zum deutschen Volk“ — alle Bürger also, die von solcher Phraseologie angezogen werden sollen und können, sitzen längst bei denen, die

W-er. Die Berliner Bezirksleitung der KPD hatte am Donnerstag an die Berliner Ortsvorstände der SPD, der Gewerkschaften und des „Reichsbanners“ folgendes Schreiben geschickt:

„In dem Bewußtsein, daß ein gemeinsamer Aufmarsch der Arbeitermassen in Berlin ein Schlag gegen den Faschismus ist und die Kampfkraft des Proletariats bedeutend stärkt, haben wir in unserem Aufruf vom 16. Juni allen Arbeitern und Organisationen eine gemeinsame Demonstration vorgeschlagen unter den Losungen:

Nieder mit der faschistischen Reaktion!

Fort mit der Papen-Regierung!

Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Dieser Vorschlag stimmt überein mit dem Willen der Arbeitermassen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln, der in zahlreichen Beschlüssen der Arbeiter zum Ausdruck gekommen ist.

Wir erfahren inzwischen, daß die preußische Regierung formell das Demonstrationsverbot aufrechterhält. Diese Maßnahme der preußischen Regierung dient lediglich dem Faschismus, denn durch das Verbot soll die Kampfmobilisierung der Arbeiter gegen die faschistische Reaktion erschwert werden. Wir fordern Sie auf, im Interesse der Verstärkung des Massenkampfes gegen den Faschismus die Forderung der Massen der Arbeiter auf sofortige Freigabe der Massendemonstrationen für alle Organisationen, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, zu unterstützen. Im übrigen erinnern wir daran, daß in der Vorkriegszeit die Sozialdemokratie unter ähnlichen Bedingungen eines Demonstrationsverbotes in Berlin das Recht der Arbeiter auf die Straße durchgesetzt hat.

Angesichts der Notwendigkeit, auf Grund der Notverordnung der Papen-Regierung, möglichst schnell die weiteren Kampfmaßnahmen durchzuführen, erwarten wir Ihre Antwort bis Sonnabend, den 18. Juni, mittags.“

Die Eiserner Front antwortet.

Die Kampfleitung Berlin der Eisernen Front erteilte darauf diese Antwort:

„Sie haben an alle Organisationen der Eisernen Front (Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — AfA-Bund — Reichsbanner) unter dem 16. Juni 1932 ein gleichlautendes Schreiben gerichtet, auf das wir Ihnen hiermit im Auftrage aller Empfänger Ihres Schreibens folgendes antworten:

Die in der Eisernen Front vereinigten Organisationen stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine Einigung des Proletariats mehr denn je notwendig ist. Die faschistische Gefahr fordert diese Einigkeit.

Dieser faschistischen Gefahr kann aber nur begegnet werden, wenn ein ehrlich gemeinter Einheitswille vorhanden ist.

In dem Führerappell der Eisernen Front am 9. Juni d. J. haben unsere Genossen KÜNSTLER und AUFHÄUSER, auf die Möglichkeiten für alle proletarischen Organisationen hingewiesen, den Einheitskampf gegen den Faschismus zu führen. Als Voraussetzung hierfür sehen wir an, daß die Angriffe

sie viel größer und uneingeschränkter predigen, wenn auch demagogischer: bei den Nazis. Und gerade die, die man werben sollte für den Kampf der Arbeiterschaft und für den Kampf gegen das Unrecht, die schließt man durch eine solche nationalistische Entartung automatisch von der Beteiligung an diesem Kampf aus.

Es ist die alte Verwirrung, bei der es eigenartig ist, daß gerade wir sie immer den sogenannten Marxisten vorhalten müssen: die Meinung, als ob es so etwas wie ein gemeinsames Interesse der Mitglieder einer Nation gäbe. Die Gemeinsamkeit

Nazi-Mordbube erhält — zwei Wochen Gefängnis.

Vor wenigen Wochen wurde aus der Nähe von Danzig eine feige Mordtat gemeldet, die von dem NS RUDZINSKI an dem sozialdemokratischen Stadtverordneten FRANZ GRUHS vorgenommen worden war. GRUHS hat RUDZINSKI zur Rede gestellt, weil dieser die Frau des GRUHS auf der Straße beleidigt hatte. Vor den Augen seiner Frau wurde GRUHS von RUDZINSKI und zwei dazukommenden nationalsozialistischen Helfern niedergemacht.

Am vergangenen Freitag ist das Urteil über diese Tat gefällt worden. RUDZINSKI wurde unter Freisprechung von der Anklage des Totschlages lediglich wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafe gilt durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt. Die niedrig bemessene Strafe ist in der Hauptsache auf die Gutachten der psychiatrischen Sachverständigen zurückzuführen, die dem Angeklagten RUDZINSKI den Schutz des § 51 STGB zubilligten, weil die Tat in einem psychopathischen Alkohol-Rauschzustand begangen sei. Die beiden mitangeklagten Nationalsozialisten, der Elektrotechniker GEORG SCHWARZ und der Friseur HERBERT SAMULEWITZ, die bei dem Streit beteiligt waren, wurden freigesprochen, da sie in Notwehr gehandelt hätten.

Daß Morde dieser und ähnlicher Art besonders wirkungsvoll von Psychopathen im Alkoholrausch vollführt werden können und häufig in dieser Form durchgeführt werden, wollen wir gern glauben. Auch daß die meisten Nazis Psychopathen, also nicht zurechnungsfähig sind. Aber dann soll man sie in Irrenhäuser internieren, die man ja braun anstreichen kann, damit sie nicht viel Änderung verspüren. Für das Dänziger Gericht aber ist Verrücktheit ein Grund, solche Psychopathen möglichst bald wieder auf die Öffentlichkeit loszulassen.

der Kommunistischen Partei gegen unsere Organisationen und ihre Führer eingestellt werden. Sie beziehen sich in Ihrem Schreiben vom 16. Juni auf den am gleichen Tage in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Aufruf. Dieser Aufruf enthält im Gegensatz zu Ihrem Einheitsfrontangebot eine große Häufung unberechtigter und verletzender Angriffe gegen unsere Organisationen, ihre Funktionäre und Führer. Angriffe, die einen ehrlichen Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus nicht erkennen lassen.

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, daß das Demonstrationsverbot aufgehoben werden muß. Unsere dahingehenden Forderungen haben wir bei den verantwortlichen Stellen bereits unterm 15. Juni d. J. erhoben. Ihre seit Jahren betriebenen Versuche zur Zersetzung und Zerreißung der starken Arbeiterorganisationen, Ihr Zusammengehen mit den Faschisten in und außerhalb der Parlamente, Ihre Versuche zur Zersetzung der freien Gewerkschaften durch die RGO, Ihre Parole: „SEVERING gleich HITLER“ und „die Sozialdemo-“ (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

der Interessen liegt für die, die unter die Oberfläche des gesellschaftlichen Lebens sehen, und gerade das hat MARX in erheblichem Umfange getan, nicht bei den Nationen, sondern bei den Klassen. Nur wer bei allen Wirren dieser Tage den Kopf so weit klar behält, daß er wenigstens diese Tatsache nicht aus dem Auge verliert, kann hoffen, daß die Arbeiterklasse einst befreit werden wird, und daß dann, nach Beseitigung der Klassen, über die bloße Vertretung von Klassenzielen hinaus auch die Sorge um allgemeinere Ziele einer Gesellschaft treten kann.

England rüstet für Krieg und Bürgerkrieg.

A. F. I. Ein interessantes Schlaglicht wirft eine Meldung des „New Leader“ (die Zeitung der Unabhängigen Arbeiter-Partei) auf den Charakter der gegenwärtigen nationalen Regierung in England. Das Blatt berichtet, daß die Behörden unter der Hand Informationen sammeln für den Fall einer „nationalen Zwangslage“. Sie lassen diese Untersuchung von privaten Organisationen ausführen, die Briefumschläge tragen aber den Stempel „Portofreie Dienstsache“. An die Mitglieder des Verbandes der Elektro-Ingenieure ist beispielsweise ein Fragebogen verschickt worden, der von der Regierung in dieser Weise gestempelt war.

Die erste Frage lautet:

Sind Sie im Notfall bereit, freiwilligen Dienst im Londoner Elektrizitätswerk zu tun?

Es werden Fragen gestellt über Alter, Körperkräfte, Scharfsicht, Gehör, Beschäftigungsart, Geschäftsadresse, deren

Telefonnummer, Privatadresse, deren Telefonnummer, praktische Erfahrung.

Dann kommt die Frage:

Haben Sie beim Generalstreik von 1926 Dienst gemacht? Wenn ja, auf welcher Station und in welcher Stellung?

Zum Schluß Fragen darüber, auf welchen von sechs Arbeitsgebieten der Unterzeichnete im Notfall am besten verwendet werden kann, und welcher Kraftstation er am liebsten zugeteilt werden möchte.

Es ist nicht bekannt, welcher Minister in der Regierung solche Vorsichtsmaßregeln ergreift, aber im gegenwärtigen Augenblick gibt es nur eine Art „Nationale Zwangslage“, die in England entstehen könnte, und die bezeichnet man für gewöhnlich mit dem weniger diplomatischen Namen „Krieg“. Diese Vorbereitungsaktion von seiten der Regierung sollte den Arbeitern eine Warnung sein:

Seid auf der Hut!

Papen und Herriot über Vertragstreue.

Mit zwei langen in verbindlichem und höflichem Ton vorgetragenen Erklärungen führender Staatsmänner wurde am Freitag morgen die offizielle politische Aussprache in Lausanne eröffnet. PAPAN und HERRIOT legten nacheinander ihren Standpunkt dar.

Zunächst PAPAN: Die entscheidende französische und am Tage vorher auch von MACDONALD vertretene These von der Gültigkeit der abgeschlossenen Verträge, schob PAPAN mit der kurzen Bemerkung beiseite, es handle sich in Lausanne nicht um juristische Fragen. Selbstverständlich seien die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet, aber... und damit ist er bei seinem eigentlichen Thema, der wirtschaftlich schwierigen deutschen Lage, über die er ausführlich berichtet, und zwar vermutlich um die Aufmerksamkeit nicht auf Dinge, die ihm in diesem Zusammenhang unliebsam sind, abzulenken — ohne Berücksichtigung der Fragen der Abrüstung und der internationalen Kriegsschulden.

HERRIOT konstatierte hinterher vor Vertretern der französischen Presse, daß die alten deutsch-französischen Gegensätze trotz der lebenswürdigen Verhandlungsformen offenbar in alter Schärfe weiterbestehen. Seine eigene Konferenzrede bildete denn auch begrifflicher Weise das Gegenstück zu der PAPANEN. Der gleiche ruhige Ton, ebenfalls die Anknüpfung an die Äußerung MACDONALDS; aber hier mit Nachdruck: Die Achtung der Verträge bilde die Grundlage der internationalen Moral (das war offenbar die Antwort auf den PAPANENschen Versuch, mit einer bloß juristischen Zustimmungserklärung davonzukommen). HERRIOT erklärte sich bereit, von dem Baseler Bericht auszugehen, wonach Deutschland zur Zeit zahlungsunfähig sei. Aber die Reparationsfragen seien unlösbar verknüpft mit den Fragen des politischen Friedens. Man müsse also in Lausanne über das „Problem Deutschland“ hinaussehen.

Nach der ersten Vollsitzung der Konferenz mit den beiden großen Reden PAPANEN und HERRIOTS und kürzeren Stellungnahmen der Vertreter Belgiens und Italiens ist die nächste Vollsitzung erst auf den kommenden Dienstag festgesetzt worden. Die Sitzung am Freitag hat die alte Konferenz-erfahrung bestätigt, daß die feierlichen Vollversammlungen nicht leicht weiterführen; man verspricht sich mehr von privaten Unterredungen.

MACDONALD wird die Pause benutzen, um ebenfalls nach Genf zu fahren. Die englischen Bemühungen um eine Verkopplung von Reparations- und Abrüstungskonferenz werden offenbar eindringlich betrieben.

Die Nachricht von dem Fünfmächte-Abkommen in Lausanne, in dem eine vorläufige Einstellung der Zahlungen aus den politischen Schuldenabkommen und den Reparationen beschlossen ist, und zwar bis zur endgültigen Regelung der Fragen seitens der Lausanner Konferenz hat in Amerika

sofort ein Echo gefunden. HOOVER hat den Vertretern der europäischen Mächte die Mitteilung zukommen lassen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sei, ihrerseits mit den europäischen Schuldnerländern in Verhandlungen über Zahlungsvereinfachungen einzutreten, wenn sie untereinander eine annehmbare Regelung der Reparationsverpflichtungen zustande bringen würden.

Wie unsicher ein solches Ergebnis trotz des Fünfmächte-Abkommens vorläufig noch ist, zeigen die neben der Reparationskonferenz in Lausanne laufenden Besprechungen über die notwendige Finanzhilfe an Oesterreich. Diese Beratungen, die am Freitag unter dem dringenden Appell des Präsidenten der österreichischen Nationalbank standen — KIENBOCK hatte erklärt, das österreichische Transformatorium sei unvermeidbar, wenn nicht sofort die besprochene Anleihehilfe einsetze —, sind abgebrochen und auf Montag vertagt worden, da die beratenden Mächte sich nicht über die französische Forderung einigen konnten, Oesterreich solle sich verpflichten, bis zur endgültigen Regelung der Anleihe keine Änderung des gegenwärtigen Zustandes (gemeint sind offenbar die Beziehungen zu Deutschland) zu versuchen.

Junker treiben keine „Partei politik“.

Der Siedlungsausschuß des Reichslandbundes faßte in Berlin am 16. Juni eine Entschliebung, in der sich der Ausschuß im Beisein des Landbund-Präsidenten einmütig zu dem Gedanken der ländlichen Siedlung „bekannte“. Der Reichslandbund verlangt eine seiner Bedeutung entsprechende Einschaltung in die Entscheidungen des Siedlungswesens, insbesondere auch bei der Deutschen Siedlungsbank. Alle Kräfte, die die Siedlung parteipolitisch und konfessionell mißbraucht haben, seien auszuschalten, besonders die privaten Siedlungsgesellschaften.

Immer die alte Methode, auf die immer wieder viele hereinfallen: Ein geschickter Dieb schreit: Haltet den Dieb! — Es sind die gerissensten Parteipolitiker in Deutschland, die sich Landbündler nennen und gegen alle Partei politik wettern. In diesem Fall kommt es ihnen natürlich nur darauf an, die anderen Parteien bei Entscheidungen in Siedlungsfragen auszuschalten, damit ihre eigene Partei allein den Ausschlag gibt.

Die SA versuchte, sich beliebt zu machen, indem sie bei den Löscharbeiten in Lüblow (Mecklenburg) half. Dieses Dorf ist von einem Riesenbrand verheert worden, dem eine Reihe von Gehöften mit annähernd 100 Stück Großvieh zum Opfer fiel. Etwa eine halbe Million Mark Brandschaden.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Der Prinz fühlt die Grippe seinen Körper schütteln. Seine Augen sind gerötet, sein Schädel naß von Schwäche. Er hebt das Konzept und liest ab:

„Das deutsche Volk sitzt im Sattel, nun soll es reiten. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war mustergültig, das Reichstagswahlrecht das freieste Wahlrecht der Welt. Der Reichstag hatte stets das starke Machtmittel der Budgetbewilligung, aber das deutsche Volk machte von seiner Macht keinen Gebrauch. Wem eine Meisterteige geschenkt wird, der ist deshalb noch kein Meister des Geigenspiels...“ Der Kanzler ist am Ende seiner Rede angelangt. Mit heiserer Stimme nennt er den Preis, den die Generäle für die angekündigten Freiheiten verlangen:

„... um unsere Eigenart zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren. An unseren Toren steht der Feind! Meine Herren, unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: Die Heimat läßt euch nicht im Stich! Was ihr braucht, und was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln, an Mut, das soll euch werden!“

Beifall bei den Abgeordneten.

Beifall auf den Tribünen.

Die Sitzung des Parlaments wird unterbrochen.

Das Parlament ist der vornehmste Ausdruck des bürgerlichen Staates. Alle Parteien haben festumrissene Eigentums- und Machtinteressen zu vertreten: Landbesitz, Industriekapital, Kirche, Adel und Krone. Die von den Besitzlosen und Machtlosen gewählten Sozialdemokraten nahmen von Anfang an eine Sonderstellung ein. Zwei Wege standen ihnen offen: der einer prinzipiellen Opposition im Parlament oder der einer Koalition mit den Vertretern der bestehenden Besitz- und Machtgruppierungen. Dieser alte Prinzipienstreit spaltete die Sozialdemokratische Partei während des Krieges in „Unabhängige“ und „Mehrheitssozialdemo-

kraten“. Die Unabhängigen zogen sich nach der Bewilligung von drei und vier Kriegskrediten in die Opposition zurück. Die Sozialdemokraten sicherten sich durch Unterstützung der Kriegspolitik Positionen und einflußreiche Stellungen innerhalb der bestehenden Staatsordnung. Aber weder die Opposition der Unabhängigen, noch der in Ausschüsse, Ämter und Ministerien aufrückende regierungstreue Teil der Sozialdemokratie beeinflusste die Kriegspolitik oder änderte das Schicksal des Volkes.

Auch in dieser Stunde treten die Führer der Mehrheitsparteien, einer nach dem anderen, an das Rednerpodium und versprechen der Regierung ihre Unterstützung. Auch die Sozialdemokraten stellen sich geschlossen hinter die Regierung, auch sie erklären sich nicht grundsätzlich gegen die geplante Nationale Verteidigung.

Der Parteiführer Ebert steht am Podium.

Friedrich Ebert, der sich in zäher Kleinarbeit an die Spitze der größten Partei Deutschlands hinaufgearbeitet hat. Im Parteivorstand bearbeitete er das Ressort Sozialpolitik. Seit 1913 war er neben Haase Parteivorsitzender. In den Jahren seines Aufstieges hatte er selten Stellung zu Ideen genommen, die noch im Fluß und unentschieden waren. So wurde er innerhalb der Meinungskämpfe seiner Partei der ruhende Pol. In der Kriegspolitik blieb er immer „der Turm“.

Ebert erklärt jetzt ausdrücklich:

„Wir bekennen uns genau wie am 4. August 1914 zur Landesverteidigung...“ Aber er ist der Mann der Mehrheit und spricht aus, was allgemein anerkannt und nicht mehr umstritten werden kann. Und so wendet er sich gegen die absolutistische Stellung der OHL, die im Bestreben, die Verantwortung für den Zusammenbruch von sich abzuwälzen, von den Generälen schon freiwillig aufgegeben worden ist, und erklärt im Ton unerschütterlicher Ueberzeugung: „... die absolutistische Stellung des Großen Generalstabes ist nicht mehr haltbar!“ Er geht weiter und versetzt der schon sinkenden Macht des Kaisers einen Fußtritt „... auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr!“

Ebert wendet sich den Unabhängigen zu. Im Profil sieht man das angesetzte Fett seines Genicks, das sich in einer schweren Quetschfalte über den Halskragen legt. Er hebt seine Stimme und ruft in weithallendem Pathos durch das Haus: „Die Gesetzentwürfe auf Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Nur Freiheit kann die Wunden heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. Deutschland muß frei werden oder untergehen!“

Dann sprechen Stresmann, Westarp, Solf...

Der neue Kriegsminister, v. Scheuch, stellt sich vor.

Auch die Gegner des Reiches kommen zu Worte, die Elsaß-Lothringer, die Polen, die Dänen, die Unabhängigen. Sie fordern die Loslösung großer Gebietsteile von Deutschland und die radikale Umgestaltung des gesamten Staatswesens. „Wir treten aus unserer Zurückhaltung heraus...“

„Wir dürfen und können jetzt offen sprechen...“

„Das Schwert muß in die Scheide gesteckt und in einem Museum für Altertümlichkeiten aufbewahrt werden.“ — „Die Elsaß-lothringische Frage ist zu einer internationalen geworden!“ — „Ich fordere die endgültige Lösung der nord-schleswischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker...“

Die Exzellenzen am Regierungstisch rücken zusammen.

„Der Chor der Schakale!“

„Finis Germaniae!“

Der Staatssekretär Haußmann zitiert den Dichter Heinrich Heine: „Alt-Deutschland, wir weben Dein Leinentuch. Wir weben hinein den dreifachen Fluch!“

Staatssekretär Dr. Solf wendet sich gegen die Polen:

„Ich erinnere Sie an die Opfer, die das deutsche Heer bringen mußte, ehe die Plattform möglich war, auf der jetzt die Freiheit Polens geschaffen werden soll...“

„Sehr wahr!“ rufen die Sozialdemokraten.

Die Mitte klatscht Beifall, auch die Rechte.

Der Pole Korfanty ruft mit erhobener Stimme:

„Geraubt und geplündert haben sie!“

„Raus der Hund, schmeißt ihn raus!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Zusammensetzung der französischen Kammer.

Die französische Kammer hat am Dienstag endgültig die Zusammensetzung der politischen Gruppen beendet. Die neue Kammer wird zwei Gruppen mehr als die alte zählen, da eine Zersplitterung der Linksrepublikaner stattgefunden hat. Die neue Gruppeneinteilung der 614 Kammerabgeordneten ist von links nach rechts folgende: Kommunisten 10 Abgeordnete, Vorsitz Doriot; Proletarische Einheit (ehemalige Kommunisten) 9 Abgeordnete, Vorsitzender Sellier; Sozialisten 131, Vorsitzender Léon Blum; Republikanische und französische Sozialisten 28, in zwei Gruppen geteilt, Vorsitzende Painlevé und Bibié; Radikalsozialisten 160, François Albert; Unabhängige Linksrepublikaner 15, Vorsitzender Renault; Radikale Linke 47 Abgeordnete, Vorsitzender Laurent Eynac; Unabhängige Linke 25, Vorsitzender Delmont; Linksrepublikaner (ehemalige Tardieu-Gruppe) 50, Vorsitzender Flandin; Zentrumsrepublikaner 7, Vorsitzender Brogly; Tardieu-Reynaud-Gruppe 55, Vorsitzender Tardieu; Republikanische und Soziale Gruppe 18, Vorsitzender Pernot; Volksdemokraten 16, Vorsitzender Champetier de Ribes; Republikanische Vereinigung, ehemalige Republikanisch-Demokratische Vereinigung, 41, Vorsitzender Marin; Unabhängige 14, Vorsitzender Mandel; Soziale Fortschrittler 8, Vorsitzender de Ramel; gruppenlos 24. Man sieht, daß in bezug auf Vielfaltigkeit der Interessentenhaufen Deutschland nicht an erster Stelle steht.

Gesperrte Firmen des Rohrdeckengewerbes.

Achtung, Rohrer! Die Firmen des Rohrdeckengewerbes zahlen nicht die tariflichen Löhne. Die Fachgruppenversammlung hat deshalb am Donnerstag einstimmig beschlossen, daß alle Firmen, die den Tarifvertrag nicht einhalten, gesperrt werden. Zur Zeit zahlen nachstehende Firmen nicht die tariflich festgesetzten Löhne, und sie werden deshalb gesperrt: Wilhelm Stahl, Berlin, Wollankstraße 67; Richard Arndt, Süden, Friedenauer Str. 3; Hermann Venzke, Berlin, Treskowstr. 33; Gustav Preuß, Charlottenburg, Kantstr. 117; Christian Woina, Berlin SO, Kölnisches Ufer 56; Belling und Krotke, Friedenau, Varziner Str. 4; Friedrich Diehling, Berlin S, Fichtestr. 14; Laufmann und Wernicke, Berlin, Schmollerstr. 6; Friedrich Pantermühl, Lichterfelde, Hindenburgdamm 71. Wir bitten sämtliche Kollegen Bauarbeiter, Solidarität zu üben und dafür zu sorgen, daß die Baustelle nicht mit Streikbrechern besetzt wird. Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe Rohrer.

Spediture verlangen 10 Prozent Lohnabbau.

F. G. Im Berliner Speditionsgewerbe verlangten die Unternehmer einen Lohnabbau von 10 Prozent und Kürzung des Urlaubs um vier Tage sowie andere Verschlechterungen des Manteltarifes.

Um den Konflikt beizulegen, hat der Gewerbeverband einen Vorschlag gemacht, von dem die Löhne um 6 Prozent zu senken und den Manteltarif bis zum 15. August zu verlängern mit der Einschränkung, daß bezüglich der Sonntagsarbeit und des Beginnens der Arbeit betriebliche Abmachungen zulässig sind, die von den bisherigen Manteltarifbestimmungen abweichen. Die Bestimmungen über den Urlaub sollen nach diesem Vorschlag unverändert weiter gelten.

Die Speditoren haben in einer Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes diesen Vergleichsvorschlag angenommen, während die Unternehmer ihn abgelehnt haben. Von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am Montag hängt es ab, wie der Konflikt beendet wird. Durch die Annahme des Vergleichsvorschlages haben die Speditoren für sich die Lage erschwert, aus der sie allem Anschein nach nur herauskommen, wenn sie sich zum Kampf entschließen.

„Herzessache“, die neue Komödie von SCHÄFFER. Auch sie hat ihre Uraufführung im Reichsarbeitsministerium erlebt (wie SCHÄFFERS vorige: „Anerkennung der Gewerkschaften“). Mit anderen Worten: der Reichsarbeitsminister SCHÄFFER hat Vertreter der Kriegsbeschädigtenverbände empfangen, ihnen versichert, ihre Sache sei ihm Herzessache, sich die Wünsche der Vertreter angehört, keine Zusagen gemacht und zum Schluß erklärt, daß er auf vertrauensvolle Zusammenarbeit rechne.

Der Aufenthalt unter Bäumen bietet bei Gewitter keinen Schutz: In der Nähe des Dorfes Gonna bei Sangerhausen schlug der Blitz in eine Buche und tötete einen ehemaligen Bergmann und seinen Sohn, die unter dem Baum standen. Bei Gudensberg (Hessen-Nassau) schlug der Blitz in einen Baum, unter den mehrere Frauen von der Feldarbeit geflüchtet waren. Vier von ihnen wurden zu Boden geschleudert; zwei waren sofort tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Einzeichnungslisten für die Einheitsfront können von der Redaktion des „Funken“ angefordert werden.

Quittung

über Spenden für den Werbefonds des „Funken“.

H. K. in M. 3,— M.; H. B. in B. 25,— M.; E. M. in M. —,50 M.; L. A. in K. 2,50 M.; H. in K. 5,— M.; E. S. in B. 10,— M.; K. H. in S. 100,— M.; H. L. in S. 10,— M.; R. L. in B. 45,85 M.; P. G. in B. 3,— M.; W. L. in F. 5,— M.; A. Kr. in E. 17,— M.; Sammlung W. 3,90 M.; Sammlung Fm. 10,— M.; N. O. in F. 15,— M.; Sammlung M. 3,80 M.
Wir danken allen Spendern herzlich; weitere Spenden sind sehr erwünscht.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Liste für Unterschriften-Sammlung.

Bitte ausschneiden!

Sorgt dafür, daß diese Liste bis etwa zum 28. Juni an die nachstehende Adresse gelangt, daß sich niemand doppelt einzeichnet!

An die
Spitzenverbände der Freien Gewerkschaften Deutschlands
z. Hd. des ADGB, Berlin S 14, Inselstr. 6.

Wir Unterzeichneten halten ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterschaft bei den Reichstagswahlen am 31. Juli für dringend geboten, so wie es z. B. verlangt wird in einer einstimmig angenommenen Resolution der Angestellten-Funktionäre der Berliner Elektrizitäts-Werke (Bewag) vom 7. Juni 1932. Die damals versammelten Funktionäre beauftragten die anwesenden Gewerkschaftsvertreter vom ZdA, Butab, Werkmeisterverband und Gesamtverband, die Spitzenverbände

umgehend zu veranlassen, eine Plattform auszuarbeiten, für die

Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks SPD-KPD,

bzw. Listenverbindung. Tausende Funktionäre und Millionen Arbeiter und Angestellte erwarten in den Stunden der höchsten Gefahr für den Fortbestand der Arbeiterbewegung nach jahrelangen Fehlern auf allen Seiten — endlich Besinnung! Schafft die Begeisterungswelle, auf die Zehntausende von Funktionären warten, um mit unwiderstehlicher Kühnheit den gemeinsamen Feind der Arbeiterbewegung, den Faschismus, für immer zu schlagen! Diese Entschloßung ist auch dem Vorstand der SPD und dem ZK der KPD zuzuleiten.“

Name	Ort	Organisation

Name	Ort	Organisation

Sorgt dafür, daß die Liste bis zum 28. Juni an obenstehende Adresse gelangt, daß sich niemand doppelt einzeichnet!

Anfertigung
eleganter Damen-
garderobe und
Reformkleidung
Ida
Fürchtenicht
Göttingen
Widauer-Berger-Weg 67

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzegl. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Barcastraße 8.
Telefon: 25 53 42.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme
/// Tadelloser Sitz ///
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

In Dresden
kauft du alle Nahrungsmittel für die vegetarische
u. Rohkosternährung sowie Obst- u. Südfrüchte
im Reformhaus Artelt
Georgplatz 3.
BERLIN

KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.
Festspiele des Films:
Juni:
18.-19. Sternberg:
Der blaue Engel
m. Marlene Dietrich, Jennings, Albers.
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Euro
Zeitung!
Werkt Abonnement!
Sammelt Anzeigen!
Gewürzt bei Einkäufen
unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon; Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen

Seben erschien in zweiter, unveränderter Auflage:

Die bessere Sicherheit.

Ketzereien eines revolutionären Revisionisten.
Von LEONARD NELSON. 22 Seiten. Geheftet 0,40 Mark.

Kritische

Auseinandersetzung

mit dem „historischen Materialismus“.

In der rechtlichen Begründung des Klassenkampfes liegt die
„bessere Sicherheit“ für die Erreichung des Sozialismus!

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Angst vor der Antikriegspropaganda.

Verhaftungen wegen Hinweis auf die Kriegsgefahr. Die Telegraphen-Union hat die folgende Mitteilung erhalten:

Nach telegraphischen Berichten, die HENRI BARBUSSE und das Pariser Generalsekretariat zur Vorbereitung des Kongresses gegen den Krieg erhalten, sind führende Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, die sich in einem Ausschuss zur Organisation einer polnischen Abordnung zum Weltkongress zusammengeschlossen haben, durch die polnischen Polizeibehörden auf Veranlassung PILSUDSKIS verhaftet worden. Die Intellektuellen-Gruppe, der 78 Personen angehören, wurde dieser Tage in Warschau, Krakau und in anderen polnischen Großstädten gebildet. Sie erließ einen Aufruf, in dem auf die Kriegsgefahr und auf die Bedrohung der Sowjetunion durch eine bewaffnete Intervention der imperialistischen Mächte hingewiesen wurde. 24 Stunden nach der Veröffentlichung des Manifestes erschien die Polizei nachts in den Wohnungen der Personen, die ihre Unterschrift unter den Aufruf gesetzt haben und verhaftete die Ausschussmitglieder, die in vielen Fällen in mangelhafter Bekleidung zur nächsten Polizeistation bzw. zur Zentrale der politischen Polizei geschickt wurden.

Das internationale Generalsekretariat zur Vorbereitung des Kongresses erblickt in der Verhaftung der Mitglieder des polnischen Ausschusses nicht nur eine dem menschlichen Gewissen und den elementarsten Rechtsgrundsätzen widersprechende Tat, sondern auch eine Manifestierung der dunklen und provokatorischen Kriegsabsichten des PILSUDSKI-Systems, das jede Bemühung von Friedensfreunden und Organisationen zur Bekämpfung der in Polen besonders zu Tage tretenden Kriegsgefahr zu unterbinden sucht. Der internationale Ausschuss zur Durchführung des Kongresses beschloß, eine Abordnung zum französischen Ministerpräsidenten HERRIOT zu entsenden.

Der Protest ist berechtigt. Um ihn vor Mißbrauch zu schützen, ist es aber wichtig, darauf hinzuweisen, daß er aus Frankreich stammt. Denn es wäre ein gefährliches Spiel mit dem deutschen Imperialismus, wenn in Deutschland Friedensfreunde gerade in dieser Zeit der zunehmenden deutsch-polnischen Spannungen solche imperialistischen Uebergriffe Polens zu einer Warnung vor der polnischen Kriegsgefahr benutzen würden, ohne dabei zu erwähnen, daß auf allen Stufen des deutsch-polnischen Streits um Danzig auch auf deutscher Seite die Säbel gerasselt haben.

Drohende Finanzkrisen.

Österreich drängt auf Entscheidung.

Die Beratungen der Finanzsachverständigen über die Frage einer Anleihe für Oesterreich stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Der Ausschuss hält am Freitag in Lausanne eine Sitzung ab, in der der Präsident der Oesterreichischen Nationalbank eine Entscheidung in der Anleihefrage fordern wird, andernfalls Oesterreich sofort ein Transfermoratorium erklären müsse.

Der bisher ausgearbeitete Plan für die Anleihe an Oesterreich sieht vor, daß England und Frankreich je 100 Millionen Schilling übernehmen, Italien 30 Millionen und die übrigen am Oesterreichischen Handel interessierten Länder, unter ihnen auch Deutschland, zusammen 70 Millionen. In dem im Ausschuss vertretenen Kreisen besteht Übereinstimmung in der Auffassung, daß ein finanzieller Zusammenbruch Oesterreichs zu einer schweren Erschütterung des ganzen europäischen Kapitalmarktes führen werde — was man sich auch schon etwas früher hätte sagen können —, daß es also geboten sei, die störenden politischen Fragen aus den Verhandlungen ganz auszuschalten. In Lausanne war daher vom TARDIEUSCHEN Donaubundplan schon nicht mehr die Rede.

Selbstersetzung der Demokratie.

Melodie: „Hakenkreuz im Kopfe, unverschämt und frech . . .“

Die nach den wüsten Lärmenszenen im bayerischen Landtag am Freitag aus der Sitzung ausgeschlossener NS räumten den Saal nicht freiwillig. Da erschienen uniformierte und Kriminalpolizei im Saal, um die Nazis herauszutransportieren. Nach Durchführung dieser Aktion und Wiederaufnahme der Sitzung teilte dann der Präsident STANG mit, daß wegen der Weigerung, den Saal zu verlassen, die Ausgeschlossener nun auf Grund der Geschäftsordnung für zwanzig Sitzungstage ausgeschlossen seien. Der Ausschluß trifft die ganze nationalsozialistische Fraktion.

Nach dieser Vorbereitungsarbeit wies die Regierung im Landtag die nationalsozialistischen Interpellationen zurück: die wegen angeblicher Wahlbeeinflussung; die wegen der Nichtübertragung der STRASSER-Rede auf den bayerischen Rundfunk (der bayerische Rundfunk habe von Anfang an keine parteipolitischen Kundgebungen übernommen); schließlich die Interpellation wegen der Ausübung der Polizeigewalt in Coburg durch einen staatlichen Kommissar.

So unter Kuratel gestellt zu sein, entspricht in der Tat dem Niveau, das diese Stadt ihrem öffentlichen Leben gegeben hat, und dem sie symbolischen Ausdruck durch die Wahl HIRTLERS zum Ehrenbürger verliehen hat.

Das bayerische Uniformverbot.

in München, 17. Juni.

Amtlich wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident ist bei der Aufhebung des bisherigen Uniformverbots von der Erwartung ausgegangen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Erwartung von vornherein nicht teilen. Sie wollte aber zunächst die Entwicklung abwarten und sich nur vorbehalten, zur Vermeidung von Ausschreitungen beschränkende Vorschriften über das Uniformtragen für bestimmte Anlässe ins Auge zu fassen. Die heutigen empörenden Vorgänge im Landtag, die sich unmittelbar gegen den Fortbestand der verfassungsmäßigen Einrichtungen und des Verfassungslbens in Bayern richten, zwingen aber die Staatsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Landespolizeirechts das Tragen von Parteiformen bis zum 30. September d. J. für das ganze Land Bayern zu verbieten.

Fruchtbare Diskussion.

Aus der Gewerkschaftspresse.

E. Sch. Die vom Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands herausgegebene Funktionärzeitung „Verband und Wirtschaft“ hat eine neue Rubrik „Wer wünscht das Wort?“ eingerichtet. In dieser Rubrik werden Einsendungen aus dem Kreise der Funktionäre veröffentlicht. Hier haben die Kollegen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auszutauschen und fruchtbare Anregungen für die Verbandsarbeit weiterzugeben und zu schöpfen. Denn die Anregungen, die aus solchen Berichten geschöpft werden können, sind nicht am grünen Tisch ausgeheckt, sondern stammen aus praktischen Erfahrungen. Aus der täglichen Kleinarbeit heraus werfen hier die Funktionäre ihre Stimmen in die Waagschale. Und diese Stimmen wiegen doppelt schwer, weil sie uns ein Bild geben von der Stimmung und der Ansicht der breiten Mitgliedschaft.

Interessant ist es, daß hier auch der Ruf nach der parteipolitischen Neutralität in der Gewerkschaft erschallt. Wir entnehmen folgende Zeilen einem Bericht, den der Betriebsrat WILHELM FRIEDRICH aus Zwickau über seine Erfahrungen als Referent geschrieben hat:

... Die Folge davon (von der schlechten Organisation der Zahlstellensammlungen. E. S.) ist, daß die Mitglieder gelangweilt in den Versammlungen sitzen und schließlich ganz fernbleiben. Dazu trägt leider auch die politische Zerrissenheit der Arbeiterschaft bei. Gerade diejenigen Parteigänger, welche die Arbeit der Gewerkschaften nicht anerkennen und sogar eigene Verbände ins Leben gerufen haben, versuchen immer wieder, ihre politische Meinung in den Versammlungen an den Mann zu bringen. Das wirkt häufig so abstoßend, daß darunter der Versammlungsbesuch in starkem Maße leidet. Solche parteipolitischen Diskussionen müssen unter allen Umständen vermieden werden. Dafür sollen die eigentlichen Verbandsangelegenheiten ausgiebig erörtert werden. Wie oft hört man im Betriebe, wie organisierte Kameraden sich über Fragen der Organisation unterhalten, ohne doch richtig Bescheid zu wissen. Da sind die Beiträge zu hoch, die Unterstützung zu niedrig, die Gehälter der Angestellten zu hoch u. s. w. Die Versammlungen sind der Ort, wo darüber Aufklärung gegeben werden kann. Allerdings müssen die vermeintlichen Beschwerden auch offen zur Sprache gebracht werden.“

Wichtig ist auch die Forderung, die ein Bochumer Kollege aufstellt: „Laßt die Frauen am Verbandsleben teil-

nehmen!“: „Die Frau ist die Wirtschaftsführerin des Mannes im Haushalt. Leider nur zu oft muß man hören, sie könnte die Beiträge für die Organisation nicht mehr aufbringen. Dabei erklärt sie aber gleichzeitig, daß sie die Lebensversicherungen, der sie und der Mann angehören, nicht fahren lassen könne, für den Fall, daß ihnen mal was passiere.“ Aus dem Saargebiet werden gute Erfahrungen gemeldet, die die dortigen Kollegen mit sogenannten Familienabenden gemacht haben, in deren Mittelpunkt immer ein Referat über die Bedeutung des Verbandes steht. „Natürlich wird immer darauf zu achten sein, daß die Zahlstelle nicht zu einem bloßen Gemütlichkeits- oder Ausflugsverein wird.“

Die Betriebspartei wird als eine ernste Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung erkannt. Wenn man heute durch den Betrieb geht, hört man nur von Sport, Sport und nochmals Sport. . . . Nie ist der soziale Widerstand durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß notwendiger gewesen, wie gerade jetzt. Wir brauchen eine gewerkschaftliche Agitation, die stärker ist, als alle Ablenkungen.“

Aus der Fülle der Anregungen, die zur Ausgestaltung des Gewerkschaftslebens gemacht werden, scheint mir eine besonders wichtig und wegweisend zu sein. Es ist die Aufforderung eines Kollegen aus Vacha (Rhön), der uns sagt: „Nutz die Feierschichten zur Gewerkschaftsarbeit!“ Diese Aufforderung möchte ich erweitern, und sie all den Kurzarbeitern, all den erwerbslosen Genossen zurufen:

Die Kapitalisten haben uns in ungewollte Ferien geschickt.

Nutzen wir diese Ferien um dem Kapitalismus das Grab zu graben!

Nutzen wir die Freizeit, die wir gegen unseren Willen haben, zur unermüdbaren Kleinarbeit am Bau der Einheitsfront

des Proletariats gegen Faschismus und Reaktion! Dazu hat augenblicklich jeder eine gar nicht abreißen Möglichkeit: er kann von Kollege zu Kollege, von Haus zu Haus, von Stempelstelle zu Stempelstelle gehen, um

Unterschriften zu sammeln

für das Volksbegehren der Arbeiterschaft, für die Einheitsfront zum 31. Juli. Sammeliste in dieser Nummer!

Griechenland in Devisenschwierigkeiten.

Der griechische Gesandte in Washington hat im Auftrag seiner Regierung die amerikanische Regierung um eine kurze Stundung der am 1. Juli fällig werdenden Kriegsschuldenzahlung gebeten. Die griechische Regierung hofft, daß die Lausanner Konferenz eine Verlängerung des HOOVER-Moratoriums erreicht, womit automatisch auch die griechischen Zahlungen weiter gestundet würden.

Sollte auf der Konferenz die Wiederaufnahme der Zahlungen beschlossen werden, so werde Griechenland für seine Kriegsschulden an Amerika die zwischen Griechenland und Amerika vertraglich festgelegte Bestimmung in Anwendung bringen, die Griechenland die Aussetzung der Halbjahresraten auf zweieinhalb Jahre zugestehe.

Infolge der Devisenschwierigkeiten ist es wahrscheinlich, daß Griechenland auch von den anderen europäischen Staaten, an die es Kriegsschulden in Ratenzahlungen abzutragen hat, einen gleichen Aufschub verlangen wird.

Revision im Erziehungsskandal Scheuen verworfen.

k Leipzig, 16. Juni.

Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat die Revision des Erziehungsdirektors PAUL STRAUBE und von fünf seiner Genossen gegen das Urteil des Schwurgerichts Lüneburg vom 24. Juli 1931 verworfen, durch das STRAUBE und seine Genossen wegen Verbrechens nach § 226 RStGB (Körperverletzung mit Todeserfolg) verurteilt worden sind; und zwar STRAUBE zu zwei Jahren Gefängnis und die Mitangeklagten fünf Fürsorgezöglinge zu Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu zwei Monaten.

Es handelt sich dabei um die Vorgänge in der Zwangserziehungsanstalt Scheuen, wo es zu einer Revolte kam, die durch den Erziehungsdirektor STRAUBE und eine Anzahl Zöglinge bekämpft wurde. Die Opfer dieses Kampfes waren zwei Fürsorgezöglinge; der eine, LEDEBUR, wurde tödlich verletzt, der andere hat sonst erhebliche Verletzungen davongetragen. Die Verhandlungen gegen STRAUBE damals in Lüneburg hat großes Aufsehen erregt. Das Urteil gegen STRAUBE und seine Mittäter ist nun rechtskräftig.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte; Montag, 20. Juni, um 20 Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bf. Börse). Thema: Das Ende der Demokratie. — Was sollen wir tun?

Hannover: Mittwoch, den 22. Juni 1932, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Schafft den linken Wahlblock zu den Reichstagswahlen!

Hann.-Münden: Sonntag, den 19. Juni, vor-mittags 9.30 Uhr, im Gasthaus „Jagdhaus Hermannshagen“ (Alb. HEEDÉ). Thema: Sozialismus und Vegetarismus. Treffpunkt zum gemeinsamen Waldspaziergang zum Jagdhaus 7.45 Uhr beim Arbeitsamt Blume.

Hamburg-Hammerbrook:

Am Donnerstag, dem 23. Juni, um 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Proletarier aller Parteien verständigt Euch! Schafft die proletarische Einheitsfront!

Köln: Freitag, den 24. Juni, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Straße 5, I. Etg. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Köln-Deutz: Donnerstag, den 23. Juni, 20.15 Uhr, Lokal ARENZ, Siegburger Str. 60. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

München: Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, im Gasthaus „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Nationalisten und Faschisten auf dem Marsch! Wie steht es um die Abwehrfront?

Zwickau: Montag, den 20. Juni 1932, 20 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Straße. Thema: Die nächsten Aufgaben der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Faschismus.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Witten-Ruhr: Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Röttemeyer, Ardeystraße 104. Thema: Wie schaffen wir einen einheitlichen linken Wahlblock SPD bis KPD? Freie Aussprache! — Eintritt: 10 Pf.

